

Rauchmelder – weil Feuer eiskalt ist

BRANDSCHUTZ Die Feuerwehren raten dringend zum Rauchmelder. Weil er Leben retten kann – wie das der Kügels. Trotzdem lehnt die bayerische Regierung eine gesetzliche Verpflichtung ab.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
SARAH BERNHARD

Kirchhehrenbach – Nicht einmal Familie Kügel kümmert sich um ihre Rauchmelder. Dabei hat ihnen einer vor vier Jahren das Leben gerettet. Schwelbrand hinter dem Kühlschrank, mitten in der Nacht. „Hätten sie noch 20 Minuten weitergeschlafen, wäre es vorbei gewesen“, sagt Sebastian Müller von der Kirchhehrenbacher Feuerwehr.

Mehr als 60 000 Euro hat nach dem Brand die Renovierung gekostet, „wegen der Rußrückstände musste fast die ganze Wohnung bis auf den Putz saniert werden“, sagt Hans Kügel. „Wir haben gehaust wie die Zigeuner, ich war schon manchmal fertig“, sagt Christine Kügel. Die immer noch keinen neuen Rauchmelder installiert hat.

Obwohl sie beide ohne ihn tot wären. Denn wenn man schläft, funktioniert der Geruchssinn nicht. Und schon ein Lungenzug Rauch kann einen umbringen. Die Folge: Rund 80 Prozent aller Brandtoten sind im Schlaf erstickt, sagt Florian Scharf vom VdS Schadensverhütung, einer Tochtergesellschaft vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). „Man ist ja immer blauäugig und denkt: Es wird schon nichts passieren“, sagt Hans Kügel. Eigentlich wollte er sich nach dem Brand um eine richtige Brandmeldeanlage kümmern, aber es kam immer was dazwischen. Vier Jahre lang.

Diese Trägheit teilt der 52-Jährige mit vielen Deutschen, weshalb immer mehr Bundesländer Rauchmelder zur Pflicht

machen: In acht von 16 Bundesländern müssen alle Wohnhäuser, zumindest in Flur und Schlafzimmer, einen Rauchmelder haben. In Bayern nicht.

„Es ist zweckmäßiger, Rauchmelder nur zu empfehlen“, sagt Oliver Platzer, Pressesprecher des Bayerischen Innenministeriums. Denn wenn man Rauchmelder vorschreibe, müsse man die Einhaltung auch kontrollieren – in allen 6,1 Millionen bayerischen Haushalten. Bedeutet: mehr Kosten für den Freistaat, weniger Privatsphäre für den Bürger. Geht also nicht.

Stimmt, sagt Horst Wenner, Pressesprecher des Rheinland-Pfälzischen Finanzministeriums. Dort gibt es die Rauchmelderpflicht seit fünf Jahren, auch dort wird nicht überprüft. „Aber die Debatte im Landtag hat eine öffentliche Debatte angestoßen.“ Die Menschen seien sich des Problems bewusst – und hätten sich abgesichert.

Zahl der Melder in Bayern gering

Silvio Weigelt vom Rauchmelder-Hersteller Detectomat in Ahrensburg bestätigt: „In Bayern werden Rauchmelder im Vergleich zu Ländern mit Rauchmelderpflicht sehr wenig eingesetzt.“

Mehr Gesetz – mehr Rauchmelder, eine einfache Rechnung. Aber sie ist noch nicht zu Ende. Denn während im Jahr 2010 in Bayern 43 Personen durch Brände ums Leben kamen, waren es in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz insgesamt 75. Beide Länder zusammen haben etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Bayern, in beiden gibt es eine Rauchmelder-Pflicht.



Ein Defekt am Kühlschrank (links) löste bei Familie Kügel vor vier Jahren einen Schwelbrand aus. Die gesamte Küche wurde zerstört (rechts oben), die elektrischen Geräte waren nur noch Schrott (rechts unten). Ohne Rauchmelder wäre die Familie wohl ums Leben gekommen. Fotos: Hans Kügel



Die verrußte Flasche erinnert Christine und Hans Kügel bis heute an den Brand. Weil sie mittlerweile keine Rauchmelder mehr haben, zeigt ihnen Sebastian Müller einen.

„Zufall“, gibt sogar Oliver Platzer vom bayerischen Innenministerium zu. Aber ein Körnchen Wahrheit steckt drin, wenn er sagt: „Nur, weil es eine gesetzliche Rauchmelderpflicht gibt, habe ich noch lange keine neue Batterie zu Hause.“ Oder Lust, sie zu wechseln, wenn der Rauchmelder piept. Bedeutet: Menschen, die von sich aus keine Rauchmelder wollen, halten sie auch nicht in stand.



Ökonomisch gesehen ziemlich unlogisch. Denn einen Rauchmelder gibt es ab zehn Euro – und er kann den Sachschaden erheblich verringern: „Wenn es hier richtig angefangen hätte zu brennen, hätte es erst die Fenster rausgerissen. Durch den frischen Sauerstoff hätte schnell ein großer Wohnungsbrand draus werden können“, beschreibt der Feuerwehrmann Sebastian Müller das,

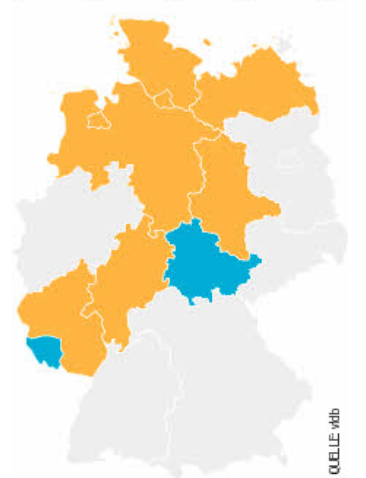
was den Kügels erspart geblieben ist.

Oft kommt es aber gar nicht so weit: 5547 Euro betrug 2010 laut dem GDV der durchschnittliche Schadensersatz, den Hausrat und Wohngebäudeversicherung zusammen gezahlt haben.

Aber das ist für Sebastian Müller nicht das Hauptargument. „Rauchmelder retten Leben“, wiederholt er immer wieder. Und wenn die Politik nicht



Rauchmelderpflicht



■ Saarland und Thüringen:
in Neu- und Umbauten
■ Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein:
in Neu-, Um- und Bestandsbauten
Stand: Januar 2011

mithilfe, diese einfache Wahrheit zu verbreiten, müsse eben die Feuerwehr ran – mit Infoständen und Beratung. Damit auch irgendwann die Kügels wieder geschützt sind – wenn schon nicht mit einer ganzen Anlage, dann wenigstens mit ihrem alten Rauchmelder.

FESTNAHME

450 Millionen Euro Steuern hinterzogen?

Frankfurt – Weil sie mit Komplizen mehr als 450 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben sollen, sind zwei Männer in Frankfurt festgenommen worden. Rund 100 Beamte von Bundeskriminalamt und Steuerfahndung hatten zuvor Büros und Wohnungen in Frankfurt und Umgebung durchsucht. Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelte insgesamt gegen zwölf Verdächtige wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche, teilte die hessische Anklagebehörde mit. Die Gruppe der beiden soll mit Firmenanteilen gehandelt haben, ihren Geschäftssitz aber in Zypern haben. Damit hätten sie ihre Steuerpflicht in Deutschland verschleiert und fast eine halbe Milliarde Euro Körperschaftsteuer hinterzogen, wirft ihnen die Staatsanwaltschaft vor. *dpa*

ÖFFENTLICHER DIENST

„Warum sind wir hier? Weil wir es wert sind!“

Hannover – Busse und Bahnen blieben in den Depots, der Müll in der Tonne und Kitas geschlossen: An den neuen Warnstreiks im öffentlichen Dienst am Montag haben sich nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mehr als 20 000 Beschäftigte in Niedersachsen und Bremen beteiligt. Viele versammelten sich zu einer zentralen Kundgebung auf dem Opernplatz in Hannover.

Die Gewerkschaften, die deutliche Einkommenserhöhungen für etwa zwei Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen fordern, wollen die Warnstreiks in allen Bundesländern bis unmittelbar vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 28. und 29. März fortsetzen. An diesem Dienstag soll der Schwerpunkt in Bayern, Hessen und Teilen Baden-Württembergs liegen. Am Mittwoch ist Nordrhein-Westfalen dran.

Eine erste bundesweite Warnstreikwelle hatte es vor zwei Wochen gegeben. Verdi-Chef Frank

„Wir rechnen mit weiteren klaren und starken Signalen aus den Betrieben.“



Frank Bsirske
Verdi-Chef

Bsirske drohte anlässlich der nun eingeläuteten zweiten Runde mit einem großen Arbeitskampf. „Wir rechnen mit weiteren klaren und starken Signalen aus den Betrieben“, sagte Bsirske in Berlin. „Die Arbeitgeber müssen ihre Haltung grundlegend ändern.“ Die Gewerkschaften fordern 6,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr für Bezieher kleinerer Einkommen. Die Arbeitgeber haben ein Stufenmodell angeboten, das nach ihrer Rechnung im zweiten Jahr auf ein Lohnplus von 3,3 Prozent hinauslaufen würde. Nach Gewerkschaftsrechnung würde damit der Lohn jedoch über die gesamte Zeit nur um 1,77 Prozent steigen.

Auf dem Opernplatz in der niedersächsischen Landeshauptstadt herrschte Partystimmung. Bei strahlendem Sonnenschein und Musik tanzten einige Demonstranten, von einer Bühne schallte es: „Warum sind wir hier? Weil wir es wert sind!“ Dazu waren laute Trillerpfeifen und Rasseln weithin zu hören. Hannover war von den Arbeitsniederlegungen besonders betroffen. Hier sollten bis zum Betriebsende in der Nacht zum Dienstag weder Busse noch Stadtbahnen fahren. *dpa*

Nachrichten

AOK: Psychischer Druck hinterlässt Spuren

München – Immer häufiger bleiben Arbeitnehmer wegen psychischer Erkrankungen dem Arbeitsplatz fern. So nahmen in Bayern die Fehlzeiten der rund 2,2 Millionen Versicherten der AOK aus diesem Grunde binnen Jahresfrist um 5,5 Prozent zu. Seit dem Jahr 2000 betrug die Zunahme laut Angaben der Krankenkasse sogar 46 Prozent. Die Einführung neuer Technologien, Zeitdruck oder Informationsüberflutung seien Ursachen für den psychischen Druck bei den Beschäftigten. *dpa*

Nur jedes fünfte Gewässer ökologisch gut

München – Nur 21 Prozent der bayerischen Bäche und Flüsse sind in einem ökologisch gutem Zustand. Dies geht aus dem „Flussbericht 2012“ des bayerischen Umweltministeriums hervor, der in München vorgestellt wurde. Damit liegt der Freistaat zwar über dem bun-

desweiten Durchschnitt von nur zehn Prozent, ist aber im europäischen Vergleich hinten dran. Dort erreichen rund 40 Prozent der Gewässer das Gütesiegel gut. 99 Prozent der bayerischen Fließgewässer seien allerdings in einem chemisch guten Zustand, sagte Umweltminister Marcel Huber (CSU) – und damit sei Bayern „an der Spitze in Europa“. „Aber das reicht uns natürlich nicht“, sagte er. *dpa*

„Politiker nicht pauschal abqualifizieren“

Augsburg – Der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm hat mehr Achtung vor dem Beruf des Politikers eingefordert. „Politik ist kein schmutziges Geschäft. Politik ist die Aufgabe, das Recht so zu gestalten, dass es für Gerechtigkeit sorgt, Frieden wahrt und Schwache schützt“, sagte Bedford-Strohm in Augsburg bei der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. „Wer pauschal ‚die Politiker‘ abqualifiziert, hat keine Ahnung, wovon er redet.“ *dpa*